

**Anfrage zur mündlichen Beantwortung O-000071/2014
an die Kommission**

Artikel 128 der Geschäftsordnung

Isabella Adinolfi, Marco Affronte, Laura Agea, Daniela Aiuto, Tiziana Beghin, David Borrelli, Fabio Massimo Castaldo, Ignazio Corrao, Rosa D'Amato, Eleonora Evi, Laura Ferrara, Giulia Moi, Piernicola Pedicini, Dario Tamburrano, Marco Valli, Marco Zanni, Marco Zullo, Rolandas Paksas

im Namen der EFDD-Fraktion

Betrifft: Notwendige Änderung der Wirtschafts- und Fiskalpolitik der Europäischen Union

Die neuesten wirtschaftlichen und statistischen Indikatoren bestätigen eine gefährliche und weit verbreitete Tendenz hin zu einer Rezession innerhalb der EU. Derzeit sind in der EU 25 Millionen Menschen arbeitslos, und sogar die deutsche Wirtschaft, die über Jahre eine treibende Kraft war, wächst nun langsamer.

Die Mitgliedstaaten der EU sind verpflichtet, bei den öffentlichen Finanzen äußerst strenge Ausgabenziele einzuhalten sowie andere auf EU-Ebene auferlegte Beschränkungen zu beachten. Dies ist die Folge einer Reihe von Maßnahmen, durch die die Mitgliedstaaten praktisch ihrer Möglichkeiten und ihrer Pflicht zum Eingreifen beraubt worden sind.

Seit der Annahme der Verordnung (EG) Nr. 1466/97 (Stabilitäts- und Wachstumspakt), gefolgt von den Maßnahmen im „Six-Pack“ und im „Two-Pack“ und dann vom Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (SKS-Vertrag), besser bekannt als „Fiskalpakt“, hat sich die EU für eine Politik entschieden, mit der nicht länger die in den Verträgen festgeschriebenen Wachstumsziele verfolgt werden, sondern zu drastischen Sparmaßnahmen verpflichtet wird.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Union gemäß Artikel 3 EUV verpflichtet ist, mit dem Ziel der Vollbeschäftigung und des sozialen Fortschritts auf eine nachhaltige Entwicklung auf der Grundlage von Wirtschaftswachstum hinzuarbeiten, und dass all dies nicht erreicht worden ist: Erachtet die Kommission einen sofortigen Kurswechsel, im Zuge dessen diese Sparmaßnahmen eingestellt würden und den Mitgliedstaaten mehr Handlungsfreiraum eingeräumt würde, nicht für unumgänglich?

Eingang: 9.10.2014

Weiterleitung: 13.10.2014

Fristablauf: 20.10.2014